

STREICHUNGEN BEI OBERSTUFEN UND GRUNDSCHULEN

BILDUNGSABBAU DURCH DIE HINTERTÜR

Die Bedingungen für hessische Abiturientinnen und Abiturienten werden sich aufgrund von Stellenstreichungen deutlich verschlechtern. Auch an den Grundschulen spart die schwarz-grüne Landesregierung. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christoph Degen, kritisierte diesen „Bildungsabbau durch die Hintertür“. Die Landesregierung kürze allein 300 Stellen an Grundschulen, gymnasialen Oberstufen, beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien und den Hessenkollegs in diesem Jahr. Weitere 150 bis 170 Stellen sollten in den nächsten zwei Jahren folgen. „Dieser Bildungsabbau an den Schulen ist falsch und nimmt Bildungschancen“, sagte Degen. Am härtesten treffe es eigenständige gymnasiale Oberstufen und damit die Schulen, die besonders viele Schülerinnen und Schüler aus Gesamt- und Realschulen zum



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

EINE DELEGATION DES STADTELTERNBEIRATS FRANKFURT NAHM AN DER LANDTAGSDEBATTE TEIL UND WURDE VON THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND CHRISTOPH DEGEN BEGRÜSST.

Abitur führten und deren Neugründung die Landesregierung kategorisch ausschließe.

„Kürzungen, insbesondere für Schülerinnen und Schüler, denen das Abitur nicht in die Wiege gelegt wurde, die sich jahrelang durchgebissen haben, sind dreist.“ Wer glaube in Grund- und Leistungskursen mit mehr als 28 Schülern noch individuelle Förderung

zu ermöglichen, blende die Realität aus.

„Der Nachhilfebedarf wird zunehmen. CDU und Grüne reißen ein Loch auf, um andere Löcher zu stopfen. Investitionen in Ganztagschulen, Inklusion und individuelle Förderung und Intensivmaßnahmen sind dringend notwendig. Man muss das eine tun ohne das andere zu lassen.“

BÜRGERMEISTER FÜR KOSTENFREIE KITAS

Mit gutem Beispiel voran gehen die Städte Hanau, Baunatal und Rodgau: Dort sind Kitas bereits gebührenfrei. Die Bürgermeister der drei Städte unterstützen den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion für die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit im ganzen Land. Claus Kaminsky, Manfred Schaub und Jürgen Hofmann sagten, dass der Wegfall von Kita-Gebühren die Bildungschancen verbessere.



FOTO: SILKE SCHAUDE

EINSATZ FÜR GEBÜHRENFREIE KITAS: (V.L.N.R.) JÜRGEN HOFMANN, THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, CLAU KAMINSKY, MANFRED SCHAUB

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

WAHLNACHLESE ZU AFD UND SCHWARZ-GRÜN

Gleich in zwei Aktuellen Stunden hat sich der Landtag mit den Ergebnissen der Kommunalwahl befasst. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** sagte: „Wir



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Ganz sicher hat es mit der Gesamtsituation im Bund zu tun, aber es darauf zu reduzieren wäre fahrlässig. Die Abwahl von Schwarz-Grün in Frankfurt mit über 16 Prozentpunkten ist damit nicht erklärbar. Die von CDU und Grünen gewünschte Blaupause für das Land ist die schwarz-grüne Landesregierung jedenfalls nicht. Gleichzeitig eröffnet das Wahlergebnis in vielen Kommunen der SPD neue Optionen, an der Gestaltung der Politik mitzuwirken“, Die Grünen hätten ihr erklärtes Wahlziel von 18 Prozent klar verfehlt und 7 Prozentpunkte verloren.

DER AFD ENTSCHIEDEN ENTGEGENTRETEN

Die innenpolitische Sprecherin **Nancy Faeser** hat die Ergebnisse der AfD bei der Kommunalwahl am vergangenen Sonntag mit großer Sorge zur Kenntnis genommen. „Die AfD bedient einen in der Ge-

sellschaft vorhandenen Rechtsextremismus, dem entschieden entgegengetreten werden muss. Die SPD wird deshalb die offensive Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten suchen. Durch die Kommunalwahl wurde jedoch auch klar, dass die AfD Protestwähler auf sich vereint, die mit der derzeitigen Parteipolitik nicht erreicht wurden. Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass die AfD keine Lösungen für sie bereithält und lediglich mit menschenverachtenden Parolen auf sich aufmerksam macht.“



SPARPOLITIK ZU LASTEN DER BESCHÄFTIGTEN

Der Parlamentarische Geschäftsführer **Günter Rudolph** hat die schwarz-grüne Sparpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst kritisiert. „Wir unterstützen die Forderung der hessischen Beamtinnen und Beamten für eine faire Bezahlung und für bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen. Die schwarz-grüne Landesregierung muss endlich auch die Arbeit der Beamtinnen und Beamten, aber auch der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst in Hessen, anerkennen und auch die entsprechende Wertschätzung aussprechen. Die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben einen Anspruch auf angemessene Bezahlung. Auch dies gebietet einen



respektvollen Umgang mit seinen Mitarbeitern.“

ZU WENIG AKTIVE TOURISMUS-FÖRDERUNG

Der Abgeordnete **Tobias Eckert** hat den erneuten Anstieg der Übernachtungszahlen im Jahr 2015 als erfreulich gelobt. Allerdings spie-



le die Landesregierung bei dieser positiven Entwicklung im Bereich des Tourismus in Hessen keine aktive Rolle. „Die Förderung des Tourismus in den ländlichen Gebieten in Hessen erfolgt vor allem durch engagierte Akteure vor Ort“, kritisierte Eckert.

ZIELVEREINBARUNGEN UNAUSGEWOGEN

Der wissenschaftspolitische Sprecher **Gernot Grumbach** hat die neuen Zielvereinbarungen der hessischen Hochschulen mit dem



Land Hessen kritisiert „Die nun von der Landesregierung vorgelegten Zielvereinbarungen sind unausgewogen und inkonsequent. Dort, wo es einer stärkeren Hochschulautonomie bedarf, greift das Ministerium mit einer Steuerung von Details ein. Dort aber, wo die Rahmenbedingungen für die Hochschulen dringend einander stärker angeglichen und koordiniert werden müssen, vernachlässigt die Landesregierung ihre Pflicht“, sagte Gernot Grumbach.

BESSEREN SCHUTZ VOR HÄUSLICHER GEWALT GEFORDERT

Im Hinblick auf die notwendige Verschärfung des Sexualstrafrechts hat die SPD-Abgeordnete Ulrike Alex die Landesregierung aufge-



fordert, selbst aktiv werden. „Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das Sexualstrafrecht verschärft

und der Schutz vor häuslicher Gewalt gewährleistet wird.“ Der Entschließungsantrag der Länder Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hamburg, der die rasche Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und die Schließung von Strafbarkeitslücken fordere, müsse auch vom Land Hessen unterstützt werden. Ulrike Alex kritisierte, dass der Gesetzentwurf des Bundesjustizministers zum Sexualstrafrecht über ein halbes Jahr im Bundeskanzleramt blockiert wurde.

Auch die von Schwarz-Grün beschlossene Novellierung des hessischen Gleichberechtigungsgesetzes sei leider nur ein Minimalkonsens.

TRAUER ÜBERSCHATTET PLENARSITZUNG

Der Tod des langjährigen CDU-Abgeordneten Günter Schork hat die Plenarsitzung am Mittwoch überschattet. Thorsten Schäfer-Gümbel würdigte den Verstorbenen als einen sehr geschätzten Kollegen, der stets ein offener, respektvoller und sachkundiger Gesprächspartner gewesen sei.

BÖRSENFUSION NICHT ZUM NACHTEIL FRANKFURTS

Die mögliche Börsenfusion der Deutschen Börse und der London Stock Exchange darf aus sich der SPD-Fraktion nicht zum Nachteil für den Standort Frankfurt werden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel



sagte: „Wir halten den strategischen Zusammenschluss der Frankfurter Börse mit der London Stock Exchange für sinnvoll und

richtig. Jedoch müssen dafür die Bedingungen stimmen.“ Die Stärkung des europäischen Finanzplatzes Frankfurt im Vergleich zu den anderen weltweiten Finanzzentren sei wünschenswert und auch notwendig.

Dies sei auch vor dem Hintergrund einer möglichen Durchsetzungsfähigkeit von Finanzmarktregulierung wichtig. „Die Gewichte der

globalen Börsenzentren haben sich verschoben.

Ohne eine mögliche Fusion droht die Deutsche Börse wertvollen Boden zu verlieren. Uns überzeugt jedoch nicht die Tatsache, dass der Sitz der neuen Holding in London liegen soll. Wir halten es für falsch, dass die Fusionsverhandlungen noch vor der Abstimmung über ein Referendum des Verbleibs Großbritannien in der Europäischen Union geführt werden.“ Die weitere Entwicklung müsse genauestens beobachtet werden und in das Genehmigungsverfahren der Börsenaufsicht einfließen.



BULLE UND BÄR VOR DER FRANKFURTER BÖRSE STEHEN FÜR DAS AUF UND AB DER KURSE

KEIN ANREIZ FÜR WINDKRAFT

Der SPD-Vorschlag, die hessischen Kommunen an den Pachteinnahmen für Windkraftanlagen zu beteiligen, um deren Akzeptanz zu steigern, ist von der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt worden. Die SPD wollte Anrainerkommunen von Windkraftanlagen im Staatswald mit 30 Prozent an den Pachteinnahmen beteiligen.



„Ein ähnliches Modell funktioniert sehr erfolgreich in Rheinland-Pfalz. Dort profitieren die Kommunen auch finanziell von der

Energiewende, was die Zustimmung zur Windkraft deutlich steigern lässt“, sagte der umweltpolitische Sprecher Timon Gremmels.

„Offenbar konnten sich die hessischen Grünen nicht bei Finanzminister Dr. Schäfer und der hessischen CDU durchsetzen und haben sich mit ein paar Windkraftförderprogrammen abspeisen lassen, die von Jahr zu Jahr unter Haushalvorbehalt stehen, statt die Kommunen planbar prozentual an den Windkrafteinnahmen zu beteiligen.“ Die Grünen schwächelten ausgerechnet bei ihrem Leib und Magenthema, der Energiewende.

SCHWARZ-GRÜN GEGEN TRANSPARENZ

Der SPD-Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz, das Bürgerinnen und Bürgern mehr Einsicht in Verwaltungsvorgänge ermöglichen sollte, ist von der schwarz-grünen Koalition abgelehnt worden. „Wir wollen einen besseren Informationszugang für die hessische Bevölkerung, damit sich die Bürgerinnen und Bürger zügig und ohne Blockade über die Inhalte von Akten der öffentlichen Verwaltungen informieren können. Auf Bundesebene und in elf Bundesländern gibt es bereits entsprechende Gesetze in Hessen ist dies immer noch nicht geregelt“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Günter Rudolph. Auch der Hessische Datenschutzbeauftragte halte eine Gesetz aufgrund europäischer Vorgaben für erforderlich. Die schwarz-grüne Koalition zeige wenig Interesse, die Informationsfreiheit für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. „CDU und Grüne müssen endlich ihre Blockadehaltung aufgeben. Hessen ist beim Thema Transparenz- und Informationsfreiheit Schlusslicht.“



FOTO: WEISSBLICK-FOTOLIA.COM

LAND FEHLT STRATEGIE FÜR DIGITALEN WANDEL

Fehlendes Engagement der Landesregierung bei der Gestaltung des digitalen Wandels sieht SPD-Abgeordnete Tobias Eckert (Bild). In der Antwort auf die Regierungserklärung von Minister Tarek Al-Wazir sagte er: „Die Digitalisierung ist Herausforderung und Chance für uns in Hessen gleichermaßen.“ Die Landesregierung beschreibe aber nur die Situation und handle nicht.



Eckert betonte die Bedeutung des Breitbandausbaus, da eine gute Infrastruktur Rückgrat der gesamten Vernetzung sei. „Tatsächlich ist es nicht die Landesregierung, die den Breitbandausbau in Hessen vor-

antreibt. Vielmehr sind es die Akteure aus Politik und Wirtschaft vor Ort, die den Breitbandausbau ermöglichen.“ Ein entscheidender Schlüssel, um die

Chancen des digitalen Wandels zu nutzen, sei Bildung. Konzepte für den pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler Produkte bleibe die Landesregierung bis heute schuldig. Für den Wirtschaftsminister müsse gelten: weniger Ankündigungen, weniger „werden, wollen, würden“, sondern konkrete digitale Leitplanken an denen sich die Politik ausrichtet für die Entwicklung von Arbeit und Wirtschaft in Hessen der Zukunft.

BETROFFENE IM STICH GELASSEN

Der Sprecher für Inklusion der SPD-Landtagsfraktion Ernst-Ewald Roth hat der CDU/Grünen-Koalition fehlendes Interesse an der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgeworfen. Einen darauf zielenden SPD-Gesetzentwurf hatte



die Landtagsmehrheit abgelehnt. „Bei der Anhörung wurde mehr als deutlich, dass ein solches Gesetz, wie wir es vorgelegt haben, längst überfällig ist. Umso verständlicher ist es, dass trotz des inhaltlichen Konsenses nun von der schwarz-grünen Landesregierung der Zeitpunkt als Ausrede dient, um eine landesweite Regelung abzulehnen.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen
Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Katja Apelt
Gerfried Zluga
Martina Häusl-David
Silke Schade